

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. Februar 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 15

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Eine Epistel für Gehilfen.

Gewerkschaftsfrage: Verpflichtungsscheine für Kriegsteilnehmer zur Rückzahlung der gewährten Unterstützungen an ihre Familien. — Geschlossenheit aller Arbeiterorganisationen. — Die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Kernfragen auf dem alten Standpunkt. — Wirtschaftskrisis über gelbe Vereinigungen keine Tarifvertragskonflikte. — Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit durch die frühe Postgesetze.

Korrespondenzen: Berlin (S.). — Hamburg-Allona (S.). — Reichensbach-Langenbielau.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Ein französischer Kriegsgelänger an den „Korr.“. — Gehilfenprüfung. — Die sächsische Regierung gegen die Aufhebung des Fortbildungsschulunterrichts. — Verkaufsschlub von Wolffs Telegraphenbureau. — Milderung des Jugendparagrafen. — Stand der Lebensmittelpreise im Dezember 1916. — Eine geistliche Strafprozedur gegen die Kriegsprofiteure und Lebensmittelmischerer. — Wucherbestrafungen in Sachsen. — Vom Braunschweiger Arzteprozeß.

Literarisches: „Wörterbuch der Fachausdrücke des Buch- und Papiergewerbes.“

□ □ Eine Epistel für Gehilfen □ □

Zwei Vorgänge von größerer Bedeutung: ein längerer sympathischer Artikel des Herrn Säuberlich für die Mahnahmen des Tarifamts in dem Organ des Deutschen Buchdruckervereins sowie ein umfangreiches, Tarifamt und „Korr.“ mit schärfstem U-Bookkrieg und modernsten Vernichtungsmitteln bedrohendes Eingelands nebst weiteren Dokumenten einer Tarifgemeinschaftsrevolution im Arbeitgeberverbandsschlub, werden in einigen Nummern später lehrreiche Gegenüberstellung finden.

Es gibt jetzt so viel brennende Fragen und drängende Probleme wie zu keinem Zeitpunkt. Leider wird dem von den meisten Schriftführern oder Schriftführerhilfsdienstpflichtigen Vorständen noch recht wenig Rechnung getragen. Sie verammeln trotz der dringenden Bitten um Kürze durch langatmige, in Aufzählungen von Nebensächlichkeiten sich überflüssige Anstrengungen leistende Berichte der Redaktion den Raum. Und wenn auch das durch rücksichtsloses Streichen oder völliges Neuschreiben noch verhindert werden kann, so wird doch dem einen Redaktionsmenschen viel zu viel Zeit geraubt, wodurch die jetzt so gehäuft andern Aufgaben natürlich eine Verlangsamung in ihrer Bewältigung erfahren. Verdreißacht kann ein Uchskundentag doch auch nicht werden, wenn keine Abfüßung vorhanden ist. Also ist bei durchschnittlich nur drei Seiten fertigen Inhalts für jede Nummer wie in Anbetracht der eben geschilderten Umstände und andererseits der vielseitigen Notwendigkeiten, denen in einer solchen Zeit trohaldem entgegen werden muß, es durch systematisches Einteilen oder Sinauschieben allein möglich, noch durchzukommen. Diese Darlegungen gehören zu den Randbemerkungen, die diesmal nicht großen Aktionen als vielmehr Erscheinungen und Vorkommnissen zuteil werden sollen, die nicht so bedeutungsvoll sich ausnehmen, aber doch nicht unwichtig sind. Was ist gegenwärtig überhaupt nebensächlich oder bedeutungslos bei uns oder für uns! Der kleinste Vorgang jetzt ist erheblicher, als es in normalen Zeitaltern Vorgänge waren, denen allseitig Schwergewicht beigegeben wurde.

Im Vordergrund der Diskussion, wenn auch nicht allgemeinen Mißvergütens oder der Aufregung in erster Linie, denn das gilt dem kläglichen Verlagen der Lebensmittelerzeugung und der unnötigerweise dagutretretenen Kohlennot, steht der Einzug der weiblichen Hilfskräfte. Es gibt Kollegen, die noch nicht begreifen können, daß es nun auch bei uns damit Ernst wird. Vergessen ist von ihnen, wie seitens aller in Betracht kommender Körperschaften seit dem Frühjahr 1915 mit sämtlichen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen gearbeitet worden ist, daß vor Eintreten einer wirklichen Notlage mit den männlichen gelernten Arbeitskräften weiblicher Erlass zulässig sein soll. Der Ausweg mit den Reklamierern, den Umlernenden, mit den Garnfondienstfähigen und den Kriegsbeschädigten kann uns zu Hilfe, das nicht nur von dem tarifrechtlichen kleinen Flügel der Prinzipale, sondern auch von Zeitungsverlegervereinen und andern Prinzipalskreisen betriebene — und das nicht immer mit offenen, einwandfreien Mitteln —

frühere Heranziehen weiblicher Personen zu verhindern. Durch die Kraft ihrer Argumente wurde auch der verständige Teil der Prinzipale gezwungen, sich auf den verfochtenen Standpunkt zu stellen. Würde das von den gewerblichen Desperados haberefüllt bekämpfte Tarifamt nicht ein solches Ansehen bei beiden Parteien genießen, dürfte das Einlenken der Prinzipalsmehrheit kaum möglich gewesen sein. Daß bei langer Dauer des Krieges der Status quo ante bei uns unentwegt aufrecht erhalten werden könnte, hat in den leitenden Kreisen auf Gehilfenreise gewiß niemand geglaubt.

Im Herbst v. S., nach der Gauvorsteherkonferenz im September, begannen dann aber die Einberufungen der älteren Jahrgänge in einem Tempo, daß sich eine stark um Schlimmen veränderte Situation ergab. Die Umlernen verschwanden von der gewerblichen Bildfläche, und die Reklamierern wie die beurlaubten Garnfondienstfähigen wurden ebenso weggezauert. Jetzt sind nur noch in ganz wenigen Fällen diesen Kategorien angehörende Gehilfen vorhanden. Selbst die Garnfondienstfähigen mit Quersperren haben erfahren müssen, daß auch in der militärischen Welt der Wechsel das einzig Beständige ist. Die als arbeitsverwendungsfähig Angesehenen, die letzte Hoffnung auf Prinzipals wie auf Gehilfenreise, wandern nun ebenfalls in Massen aus den Druckereien, und was an Umlernenden dem gewerblichen Betriebe bereits entzogen ist, wiegt auch schwer. Das Zivildienstgesetz aber droht noch unter der alten Garde bis zu 60 Jahren aufzuräumen, sofern die Druckereien, in denen sie arbeiten, nicht als wichtig für den vaterländischen Hilfsdienst anerkannt werden. Die wegen Kriegsbeschädigung aus dem Heeresdienst Entlassenen werden nun vielbegehrt, wie es die Anzeigen in der Fachpresse ausweisen, wenn auch empörende Fälle von Nichtberücksichtigung vereinzelt vorkommen. Mit der durch sie ermöglichten Hilfe sind aber nicht annähernd die großen Lücken auszufüllen, die in fast allen Druckereien eingetreten sind. Wie stark das Verlangen nach gelernten Arbeitskräften ist, dafür ist gerade der „Korr.“ Beweis, in dem seit Monaten die Arbeitsmarktanzeigen einen Umfang angenommen haben, wie er niemals zu verzeichnen war. Man wird doch nicht behaupten wollen, daß die inserierenden Firmen lediglich Anzeigen im „Korr.“ aufgeben, um der Redaktion den so notwendigen Platz für andre Sachen fortzunehmen! Noch dazu ihre jetzt oftmals recht günstigen Lohnangebote laut Jenseitgebot nicht gebracht werden dürfen. So haben sich eben die Dinge geändert, weil der schreckliche Krieg kein Ende nehmen will. Vor dieser tatsächlichen Entwicklung darf man nicht die Augen verschließen.

Es mußte somit den Verhältnissen Rechnung gefragen und dem Erlaß durch Berufsstände das Feld so weit geräumt werden, als es im Rahmen der vom Tarifamt ergangenen Vorschriften zulässig ist. Daß auch die Kriegsbehörden einen nicht allzu sanften Druck dahintergelegt haben, ist ja bekannt. So sind wir also da angelangt, wo die übrigen Berufsgruppen schon so lange stehen, als die durch den Ausbruch des Kriegs hereingebrochene Arbeitslosigkeit wieder behoben war. Dort hat man sich einfach damit abgefunden, obwohl die bei uns durch die Bestimmungen des Tarifamts auch jetzt noch vorhandenen Sicherungen gegen Willkür beim Einstellen und bei der Lohnfestsetzung anderswo nicht bekannt sind. Es ist also wirklich nicht einzusehen, warum denn bei uns die Welt untergehen soll, wo alle andern Arbeiterkreise sich längst in das Unabwendbare geschickt haben. Man sollte doch nicht, wie es zu einem kleinen Teile fast geschieht, der „Leipziger Volkszeitung“ noch recht geben, die bekanntlich den Buchdruckern jüngst zwei Vorlesungen mit schlechtem Erfolg über ihre „Rückständigkeit“ gehalten hat.

Das Menetekel an die Wand zu malen, unsre Feldgrauen mühten infolge der gewerblichen Umschaltung nach ihrer Rückkehr eine Art Jaumplatz vor den Druckereien einnehmen, ist wahrhaftig nicht notwendig. Die vertragliche Verpflichtung, die ungelernen Arbeitskräfte zu einem vom Tarifamt zu bestimmenden Zeitpunkt nach Kriegsschlus wieder zu entlassen, besteht weiter und ist in jedem

Falle von Einstellung weiblicher Personen auch ferner einzugehen. Unser Prinzipaltat als Gesamtheit kann man nicht nachlagen, daß sie nicht vertragsfähig und nicht vertragsstreu wäre; seit 1896 hat sich doch unter Tarif zwingende Kraft verschafft und die Tarifgemeinschaft ist eine gefestigte, respektere Einrichtung geworden. Wenn einzelne oder gewisse Gruppen von Prinzipalen sich später als vertragsbrüchig erweisen sollten, so sind solche Versuche erst abzuwarten und wären dann mit der Schwerkraft der Organisation niederzukämpfen. Die betrübend große Zahl unsrer Kriegssopfer — bis zum Jahresende 1916 allein etwa 4900 Gefallene — wird, wenn eine einigermaßen günstige Konjunktur kommt, den Zurückkehrenden die Druckereien doch weit eher öffnen, denn verschließen. Die mit den weiblichen Ersatzkräften zu machenden Erfahrungen dürften das Verlangen nach gelernten Arbeitskräften jedenfalls nur steigern, wenn man hört, wie das Urteil in den Berufen laufe — auch von Arbeitgebern —, die weit früher als wir die Probe aufs Exempel mit den Leistungen und der Ausdauer des Männererlasses zu machen in der Lage gewesen sind.

Diejenigen, die für diese Ausführungen in Betracht kommen — allen andern Kollegen sind sie gewiß auch nicht zum Schaden —, haben die Bekanntmachung des Tarifamts vom 4. November 1916 sicherlich mit Genugtuung darüber gelesen, daß das unabweisbar Gewordene sich in durchaus geregelter Weise vollziehen soll. Was dann am 6. Dezember vom Tarifamt und dem Direktor des Kriegsarbeits- und Ersatzdepartements gemeinsam bekanntgegeben worden ist, hat an den grundlegenden Bestimmungen für die Einstellung von Umlernenden und weiblichen Personen nichts geändert, sondern nur erkennbar gemacht, daß es nun voller Ernst damit wird. Die Bekanntmachung des Tarifamts vom 22. Januar 1917 mit den Ausführungsbestimmungen ist, wie schon ihre Einleitung besagt, eine Ergänzung zu der am 4. November, die somit in Kraft bleibt.

Nun ist es nicht zu verstehen, daß die Vollziehung des wahrlich doch nicht unvorbereitet Bekommenen noch manchmal Überraschung, Erstaunen oder auch wohl Entrüstung auslösen kann. Wir schließen das aus einigen Versammlungsberichten oder schriftlichen und mündlichen Äußerungen. Es kann nicht ausschlaggebend sein, wieviel Gehilfen im Augenblick noch in einer Druckerei vorhanden sind, sondern was nach der bald eintretenden Eröffnung der geltenden Militärpflichtgrenze verbleiben wird. An die Rekrutierungen zum Hilfsdienst ist auch zu denken. Man kann es uns als sturmerfahrenem Bekämpfer der langhaarigen Berufsgenossen und ihrer Importeure wahrlich glauben, daß wir alles, was nicht zur Zunft gehört, ins Pfefferland wünschen. Aber weder mit christlichen Sätzen noch mit dem Anlegen von Scheuklappen kommen wir weiter. Wir müssen die Dinge vielmehr sich nun entwickeln lassen und prüfend ihren Verlauf beobachten.

Das denken wir uns so: Die Bestimmungen über die tariflichen Vertrauensmänner auf den Seiten 86—88 im Tarife sind daraufhin durchzuführen, ob diese wertvolle Einrichtung noch intakt ist. Häufig wird das nicht der Fall sein; erklährt durch den fortwährenden Abgang zum Militär. Der tarifliche Vertrauensmann hat sich in verständiger Weise beim Prinzipal oder der Geschäftsleitung zu vergewissern, ob für die eingestellten Hilfskräfte die Genehmigung des Tarifamts eingeholt ist; er hat auch in geeigneter Form sich zu überzeugen, daß die vorgeschriebenen Entlohnungsbedingungen eingehalten werden. Laut Bekanntmachung vom 4. November sind diese Ausnahmebestimmungen zwingenden Rechts mit den daran geknüpften Bedingungen. Der tarifliche Vertrauensmann hat also ein Recht, über deren Befolgung zu wachen! Ist alles in Ordnung, besteht für die Gehilfen kein Anlaß zu irgendwelcher Einwirkung. Im andern Fall ist ja bekannt, welche Wege einzuschlagen sind, um Tarifwidrigkeiten zu beseitigen. Hier, auf dem Rechtsboden des Tarifs, richtig gearbeitet, ist fruchtbarer, als in Versammlungen oder in sonstigen Äußerungen den

Aufgebrachten zu spielen, in der Druckeret aber die Dinge laufen zu lassen oder, wie sich auf der Gewerkschaftskonferenz im September v. J. mehrfach herausstellte, aus der Provinz keinerlei Mitteilung oder Beschwerde über eigenmächtig herbeigeführte Ausnahmemaßnahmen an die betreffenden Organe gelangen zu lassen. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Firmen sich eine Kostage etwas gewaltsam konstruieren oder überhaupt die Zulassung von Erbschaften in einer Zahl erwirkt haben, die in einem offensibaren Mißverhältnis zu den vorhandenen Gehilfen und Arbeitern steht. Dann ist für sofortige Beschwerde beim Tarifamt zu sorgen und deshalb der Gehilfenvertreter mit einwandfreiem Materiale zu versehen. Wenn es schon Prinzipialen gefallen sollte, Schiebungen zu machen, so sollen sie erfahren, daß der Tarif während des Kriegs nicht zu einem wertlosen Fetzen Papier geworden ist. Für faktische Mißstände wird der „Korr.“ auch unter den jeweiligen anormalen Verhältnissen die Tribüne öffentlicher Kritik sein, wie es mit der Korrespondenz aus Plauen in Nr. 12 dargelegt worden ist. Nervöse Erregungen oder wirklichkeitsfremdes Gerede können aber im Verbandsorgan keine Freistaff haben, und polsternder Zorn ist auch in Versammlungen zwecklos.

Die aus dem Zwange der Dinge sich vollzogene Entwicklung braucht also niemand mit schwärzestem Pessimismus zu erfüllen, sie muß vielmehr mit dem richtigen Augenmaße gesehen werden. Umsichtige Klugheit hat uns in den letzten zwei Jahren viel genützt, und ruhige Kraft muß auch für die fernere Ausnahmeseit unser Leitmotiv sein.

Nach dieser Epistel an die Gehilfen soll in einem Korintherbrief an die Prinzipale weiteres gesagt werden.

Gewerkschaftsrevue

(Fortsetzung.)

Die Angestellten können auch über die Neuorientierung ihrer Arbeitgebererschaft etwas erzählen. Hier werden am meisten die Unternehmer die billigere Frauenarbeit beizubehalten versuchen, um mit ihrer Hilfe die gesteigerten Produktionskosten herabzumindern, damit sie am Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben durch Unterbietung. Wie wenig Moral mit dem groben Geldbeutel verbunden ist, zeigen die Maßnahmen, die einige Unternehmungen gegen ihre im Felde stehenden Angestellten trafen. So hatten rheinische Industriebetriebe an ihre Kriegsteilnehmer Verpflichtungsscheine gelangt, laut welchen sich diese Angestellten unter schriftlich verpflichteten, die an die Angehörigen gezahlten Gehälter und Unterhaltungen nach dem Krieg innerhalb einer bestimmten Zeit nebst Zinsen zurückzahlen, widrigenfalls die Fortzahlung eingestellt würde. Durch Eingreifen des Kriegs- und des Handelsministers wurden diese unbilligen Verlangen wieder beseitigt. Sehr berichtet das Organ des Verbandes der Deutschen Versicherungsbeamten, daß die Frankfurter Allgemeine und die Frankfurter Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft ähnliche Reverte als „Nebensgaben“ ins Feld gelangt haben, bis auf Veranlassung des Generalkommandos des XVII. Armeekorps diese erbärmlichen Maßnahmen eingestellt wurden. Leider ist jedoch noch immer von solchen Scheinen zu berichten. Das vorgenannte Blatt kennzeichnet nach dem Verfahren der Leipziger Feuerversicherungsanstalt, die ihren Angestellten folgenden Revers in die Schützengräben sendet:

Verpflichtung.

Gegen Weiterzahlung eines freiwilligen Gehalts von 30 Proz. des bei keiner militärischen Einziehung bezogenen Gehalts verpflichtet sich der Unterzeichnete hiermit, sich der Leipziger Feuerversicherungs-Gesellschaft nach seiner militärischen Entlassung sogleich zu dem vor der Einziehung bezogenen Gehalt wieder zur Verfügung zu stellen und bei der selben mindestens auf die Dauer des auf den Wiedereintritt folgenden Jahres zu verbleiben...

In ihre Verwaltungsstellen hat die Direktion folgende Instruktion gegeben:

Wir erlauben Sie, das Erforderliche bei den betreffenden Beamten zu veranlassen und fügen Entwurf zu den erwähnten Verpflichtungen anbei. Die letzteren sind uns zusammen einzusenden. Wird die Verpflichtung nicht anerkannt, so erlischt ab... jede Zahlung. Den Empfang dieses Rundschreibens bitten wir uns gefl. umgehend zu bestätigen.

Gegen 30 Proz. seines früheren Gehalts, die er jetzt als Unterfertigung bezieht, soll der Angestellte nach dem Kriege trotz aller Verleinerung der Lebensverhältnisse mindestens ein Jahr zum früheren Gehalt arbeiten! So wollen sich skrupellose Unternehmer preiswerte Arbeitskräfte sichern. Das nennt sich dann noch sozial-fürsorglich! Das Niedriggehänge solcher Vorgänge ist leider meist die einzige Gegenmaßnahme der Angestelltenverbände, die sich zu einem Zusammengehen mit der übrigen organisierten Arbeiterschaft nur schwer entschließen können. Der Ständebüchler der meisten dieser Angestellten hat so gar keine Begründung im Einkommen, das, wie wir kürzlich nachzuweisen in der Lage waren, prozentual und durchschnittlich nicht höher ist als das gelernter Arbeiter. Daß die Angestelltenverbände im Dezember erstmalig sich zu einem Zusammengehen mit den Arbeiterorganisationen bereitfinden, lag in der Situation, die das Hilfsdienstgesetz geschaffen, und be-

rechtigt kaum zu der Hoffnung, daß bei wirtschaftspolitischen Kämpfen eine geschlossene Front dem Unternehmertum gegenübergestellt werden kann.

Um so bewußter muß die Geschlossenheit aller Arbeiterorganisationen werden. Dem gibt in einem besonderen Ausmaß das Hauptorgan der kirchlich-dunklerischen Gewerkschaften („Der Gewerkschaft“) durch seinen neuen Vorsitzenden Hartmann Ausdruck, in welchem betont wird, daß es wünschenswert sei, wenn der „Burgfrieden“, der jetzt zwischen den Arbeiterorganisationen verschiedener Richtung bestehe, in die Friedenszeit mit hinübergenommen würde. Dieser schon in einer Entschließung des Zentralrats der kirchlich-dunklerischen Gewerkschaften vom 14. Mai 1915 ausgedrückte Wunsch habe nach der gemeinsamen Tagung aller deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 in Berlin eine neue Bekräftigung erfahren. Heute schon seien die ungeheuren Aufgaben zu erkennen, die den Organisationen bevorstehen, wenn der Frieden eintrifft. Der Artikel spricht dann folgende bemerkenswerten Sätze:

Schon jetzt können und müssen die Vorbereitungen für die Gemeinschaftsarbeit im Frieden getroffen werden. Die Männer, die bisher auf so vielen Gebieten zusammen beraten haben, sie müssen auch in der Folgezeit öfter zusammentreten, wenn es Fragen zu lösen gibt, die allgemeine Arbeiterinteressen betreffen. Die Organisationen sollten sich entschließen, einige ihrer Führer zu beauftragen, mit den Vertretern anderer Richtungen in dauernder Verbindung zu bleiben. Auf diese Weise ließe sich eine Art Zentralinstanz schaffen zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten. Die Forderungen der Arbeiter würden dadurch ein ganz besonderes Gewicht erhalten. Auch der Geleitzug gegenüber würde ihr Einfluß größer, da viel mehr politische Parteien über die Wünsche der Arbeiter unterrichtet und für sie interessiert werden könnten. Selbst auf das gegenseitige Verhältnis zwischen den Organisationen würde ein solches Zusammenarbeiten eine bessere Wirkung ausüben. Vorteil davon hätten alle Richtungen, und nicht in letzter Linie die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Diese erfreuliche Stellungnahme können wir nur begrüßen.

Franz Behrens, der christliche Gewerkschaftsführer evangelischer Ausgabe, hatte es allerdings vor einiger Zeit sonderbar eilig, auf dem brandenburgischen Arbeitervereinstage die Versicherung abzugeben, daß die kirchlich-nationale Arbeiterbewegung in Kernfragen bei ihrem alten Standpunkte verharren werde. Solche sind nach Behrens die Stellung zum Christentum, zur Monarchie und Abweisung des Klassenkampfes. Von einem Aufgehen seiner Richtung in der Sozialdemokratie könne ebensowenig die Rede sein. Es sind also vier Kernfragen, die für Behrens ein Sündenbild bilden, bei der Gemeinschaftsarbeit mit ganzem Setzen zu sein. Die Kernfragen Christentum und Monarchie haben mit der Tendenz der Gewerkschaften jedoch nichts zu tun, sondern sind Ansichtssache des einzelnen. Mit der Sozialdemokratie verhält es sich ebenso. Wenn Behrens jedoch Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften zusammenwirft, wie es den Anschein hat, dann befolgt er das alte falsche Rezept getreulich weiter. Abgesehen von den freien Gewerkschaften niemand erwarten, daß die Christlichen, die kirchlich-dunklerischen usw. nun mit fliegenden Fahnen auf unsre Seite übergehen. Wenn Behrens Abfall aus seinen Reihen befristet als Folge des 12. Dezember, dann würde das von wenig Zuversicht für die eigne Sache zeugen. Der Klassenkampf aber ist als trennende „Kernfrage“ unhaltbar. Wir haben in christlichen Blättern darüber schon so einschließende Ausführungen vernommen, daß die Annahme berechtigt ist, auch die kirchlich-nationale Arbeiterhalt muß in seinen Bannkreis gezogen sein. Frei davon fühlen sich wohl nur die Selben. Man sollte doch nicht die Erwartungen, die in den letzten Wochen verschiedentlich von der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ über die künftige Haltung der Gewerkschaften ausgesprochen wurden, so wunschgemäß bestätigen. In den „Lebensfragen“, Lohn, Arbeitszeit, Arbeiterchutz und Versicherungswesen, hält Behrens indes ein Zusammengehen möglich und erstrebenswert. Wir müssen sagen, daß das die Kernfragen für uns sind.

Auch bei dieser Gelegenheit soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß die wirtschaftsfriedlichen oder gelben Organisationen natürlich nicht als selbständige Arbeitergewerkschaften betrachtet werden können. Dem ist sogar auf der Kölner Tagung für Kriegsfürsorge im Sommer 1916 unzuweifelhaft Ausdruck gegeben worden, indem ihnen eine Teilnahme an dieser Konferenz einmütig verweigert wurde. Diese Ansicht der Unselbständigkeit solcher Organisationen wurde kürzlich in einem neuen sozialpolitischen Werke von Dr. H. Einzheimer (Frankfurt a. M.) bestätigt und wissenschaftlich festgestellt, daß die wirtschaftsfriedlichen oder gelben Vereinigungen keine Tarifvertragskontrahenten sein können. Das neue Buch (erschienen bei Duncker & Humblot), das den Titel trägt „Ein Tarifvertragsgesetz, die Idee der sozialen Selbstbestimmung im Recht“, macht über diese Frage interessante Ausführungen, die von dem Standpunkt ausgehen, ob auch solche Arbeitervereine, die als unabhängige Berufsvereine nicht zu betrachten sind, Träger eines Tarifvertrags sein können. Der Verfasser führt aus, daß die Tarifverträge aus wirtschaftlichen Kämpfen hervorgegangen sind, und daß der Kampfwillie und die Kampfsfähigkeit die Voraussetzungen für den Tarifvertragsabschluss bilden; daß die Berufsvereine eine Parteistellung haben müssen, in welcher wirklich die Interessen der Arbeiter rein zum Ausdruck kommen. Berufsvereine können aber nur solche Arbeitervereine sein, die die Berufsangehörigen und nicht nur die Werksangehörigen umfassen, denn eine allgemeine Lohnpolitik sei nur dadurch möglich. Das inter-

essante Buch ist auch sonst sehr beachtenswert, weil es der Lohn- und Tarifpolitik eine erweiterte rechtliche Grundlage verschaffen möchte.

Die Beeinträchtigung der Vereins- und Versammlungsfreiheit durch die frühe Polizeifunde wie sie aus der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember hervorgeht, mit der das grobe Sparen gleich einem Blitz aus heilem Himmel über das fündhafte deutsche Volk gekommen ist, hat eigentlich zu wenig Widerpruch gefunden. In den meisten Orten ist nun um 10 Uhr „Laden-schluß“. Da kann in Versammlungen nicht viel mehr an-gelangen werden, und weil in sehr vielen Städten die Säle so ziemlich sämtlich durch Militärquartierung in Beschlag genommen sind, hat es auch mit dem Verlegen auf die Sonntage keine Schwierigkeiten, weil alle Gewerkschaften und Vereine auf ganz wenige Lokalitäten angewiesen sind. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Sachsens wurde deshalb bei der Regierung vor-gestellt wegen dieser schweren Benachteiligung. Das Ministerium des Innern teilte in seiner Antwort nicht die Befürchtung einer fast allgemeinen Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechtes für Arbeiter und Angestellte, wenn nicht die Polizeifunde allgemein auf 11 1/2 Uhr festgelegt werde. Es könne auch eine solche Ausdehnung gar nicht allgemein verfallen, aber die Kreishauptmann-schaften wären durch § 3 Absatz 2 jener Bundesratsver-ordnung befugt, Ausnahmen in Einzelfällen zu gestatten und würden dazu noch besonderen Hinweis erhalten, „um eine Beeinträchtigung des Vereins- und Versammlungs-lebens über das unbedingt notwendige Maß hinaus tun-lichst zu vermeiden“. Es ist also auch außerhalb Sachsens möglich, in besonderen Fällen die Erlaubnis zur Tagung bis 11 1/2 Uhr zu erhalten. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen

Berlin. (Korrektoren.) Die Jahreshauptver-sammlung am 28. Januar wählte den alten Vorstand durch Zettelwahl einstimmig wieder. Ein Vorstands-antrag, der Änderungen in der künftigen Zusammensetzung der Zentralkommission bezweckte, wurde mit allen gegen zwei Stimmen, einer auf die Verhinderung der „Fachmit-teilungen“ mit den „Typographischen Mitteilungen“ be-züglicher Antrag einstimmig angenommen. Besprochen wurde auch eine vom 2. erlener Gauvorstand aufgenommene Statistik über Lohnhöhe und Steuerertrag in der Kriegszeit, nach der sich für die Korrektoren in einigen Lohn-stufen eine Besserung zeigt, wenn auch das Gesamtergebnis viel zu wünschen übrig läßt, namentlich hinsichtlich einiger großer Zeitungsdruckereien. Immerhin ist eine Besserung zu verzeichnen, die nicht zum letzten der jahrelangen sähen Arbeit zu danken ist, die der Berliner Korrektorenverein für die Besserstellung seiner Mitglieder und die Hebung des Korrektorenstandes im allgemeinen geleistet hat und weiter leisten wird.

Hamburg-Altona. (Korrektorenverein.) Zu unserer Hauptversammlung vom 21. Januar hatten wir mit zahlreichem Besuche gerednet, machte doch die Ein-ladung auf den Vortrag des Vorstehenden unserer Zentra-lkommission über „Die Einwirkung des Kriegs auf die Korrektorenbewegung und die Zukunft der Korrektoren-sparte“ in einer Weise aufmerksam, daß ein jeder hätte kommen müssen. Indes: zahlreiche Gäste fanden sich ein, aber nur 21 Mitglieder! Der Vorstehende Pröpper er-mahnte deshalb bei Eröffnung des Jahresberichtes be-sonders die älteren Mitglieder um regeres Interesse nament-lich in bezug auf den Versammlungsbesuch, damit unsre heldgrauen Kollegen unsern Verein als fakultätigen Zweig unsrer Sparte wiederfinden. Die zur Verlesung kommende Feldpost Spiegelte das auch als Erwartung der Sinaus-gezogenen wider. Sollen sie darin enttäuscht werden? Kollege Rübiger (Berlin) griff dann einleitend auf die Situation für die Gewerkschaften kurz vor dem Kriege zurück, wie sie sich aber dann bei Durchführung der Kriegs-wirtschaft sogleich als unentbehrlich erwiesen hätten, und wie es nunmehr auf einmal anders geht. Auch die Korrek-toren traf das Los, bei Ausbruch des Kriegs zahlreich aus ihrer Tätigkeit entlassen zu werden; viele mußten an den Kasen zurückkehren oder einen Berufswechsel vor-nehmen. Durch die starken Einberufungen zum Militär sank die Mitgliederzahl in allen unsern Vereinen be-deutend. Den Tod auf dem Schlachtfeld fanden 23 Kollegen. Es machen sich Anzeichen bemerkbar, daß wir nach dem Kriege schweren Zufällen entgegengehen. Da müße sich jeder Kollege in die Reihen seiner Spezialorganisation stellen, denn die Sparten verrichten die so wesentliche Klein-arbeit, die den Verband bei seinen Bestrebungen beu-stand entlasten. Mit dem Wahlpruch „Alles für und durch den Verband“ schloß Kollege Rübiger seinen gehaltvollen Vortrag, durch reichen Beifall seiner Zuhörer belohnt. — Im Anschluß an die Versammlung veranstalteten wir eine Kriegsbruderschaftsausstellung, die sich eines zahl-reichen Besuchs erfreute und jedenfalls alle befriedigt hat. Viele erfahrene Sammler, die ebenfalls die Ausstellung besichtigten, waren überrascht von der Fülle und der Pflege der Sammlung. Bei dieser Gelegenheit muß dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben werden, daß so viele solcher Kulturdokumente, die sich vereinzelt in den verschiedensten Familien befinden, achlos vernichtet werden. Für solche Sachen ist unser Verein stets ein dankbarer Abnehmer. Sie sind erbeten an den Sammelwart F. Hoffmann, Ham-burg 33, Lämmertstraße 18.

Reichenbach-Rangendtschau. In der sehr schwach be-suchten Generalversammlung am 28. Januar gab der Vorstehende Böfke den Geschäfts- und Rechnungsbereich.

Die zum Seeresdienst eingezogenen Kollegen wurden wieder auf materiell unterstützt. Auch der briefliche Verkehr mit den Geld und in der Garnison lebenden Kollegen war ein reger. 19 Mitglieder sind einberufen und 16 Mitglieder noch jetzt vorhanden, darunter zwei Prinzipale und zwei vom Beruf abgegangene Kollegen. Im weitern beschäftigte sich die Verwaltung mit einem zirkulär des Verbandsvorsitzandes, die Vorstandswahlen fanden schnelle Abwicklung, da sämtliche Kollegen ihre innegehabten Ämter wieder annahmen.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von dem im Felde lebenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Alfred Schiffler (Wiensteig), Otto Krenz (Berlin), M. Kanuschek (Breslau), Hermann Wilsfeld (Burg b. M.), Gustav Fehlaber (Dannenberg), Ludwig Boppo (Elberfeld), Karl Schäfer (Hildburghausen), Max Moritz und Otto Wielemann (Leipzig), Hans Friedrich, Hugo Hänisch und Georg Schedel (München), Heinrich Prinz + und Bernhard Reinke (Münster), Johann Rupprecht (Neumarkt i. Obpf.), Max Eigenbrod und Wilhelm Schlagmann (Reimscheid) sowie S. Wand (Saafeld). Der Kollege Gustav Siegemann (Münster) wurde mit dem Eisernen Halbmond ausgezeichnet. Damit haben bis jetzt 2856 Verbandshollegen hohe militärische Auszeichnungen erhalten.

Ein französischer Kriegsgefangener an den „Korr.“ Nun hat Ben Alkiba sein Damaskus gefunden, denn das Organ der deutschen Buchdruckergehilfen von einem Franzmannkollegen als Arbeitsvermittler in Anspruch genommen, das ist wirklich noch nicht dagewesen. Am 2. Februar wurde dieses unzulängliche Ereignis. In einem vorgeschriebenen Briefumschlag, versehen mit dem Poststempel der Gefangenabteilung auf dem Truppenübungsplatz Königsbrunn in Sachsen wie auch mit dem Prüfungsvermerk der Zensurstelle, erhielten wir ein Schreiben in etwas unbeholfener Fraktur- und Lateinschrift, letztere nach deutscher Art für Namen und Ort angewandt. Die Adresse lautet: „An die Geschäftsstelle des „Korrespondent“, Organ der deutschen Buchdrucker, in Leipzig“, und der Briefinhalt besagt wörtlich: „Königsbrunn, den 26. Januar 1917. Herr Direktor! Der französische Kriegsgefangene Sergeant, Nr., wünscht in Deutschland als Typograph (Maschinenmeister oder Kompositist) zu arbeiten. Er ist an der Handwerkerhelfer-Etatsstelle in Paris diplomiert.“ Den Namen und die Nummer des Gefangenen lassen wir fort, um ihn nicht eventuell Unannehmlichkeiten auszuliefern, da der „Korr.“ in Länder kommt, wo es von französischen Spionagebüros wimmelt. Ungewöhnlich ist der Brief von dem französischen Buchdruckergehilfen nicht geschrieben, denn die Lateinschrift zeigt einen Namenszug in flotter Antiquaschrift. Der hilfreiche eigentliche Schreiber wird im Französischen ebenso wenig fertig sein wie der Gefangene im Deutschen. Man hat sich eben schlecht und recht verständlich gemacht, wobei aus dem Kompositleur (Seher) ein Kompositist wurde. Die Berufung auf die von der bekannten Pariser Buchdruckerfachschule Etienne erhaltene Auszeichnung läßt einen tüchtigen Arbeiter vermuten. Die Anrede „Herr Direktor“ ist dahin anzulegen, daß der arbeitende Kriegsgefangene von uns Abermittlung seines Schreibens an den technischen Leiter einer größeren Druckerei erwartet. Reflektierenden Druckereidirektoren stellen wir deshalb die volle Adresse des Bewerbers zur Verfügung. Der ganze Vorgang ist unfreiwillig eine Bestätigung der in Nr. 11 unter der Auslandsrubrik aus Genf gebrachten Mitteilung, daß sich dort aufstrebende französische Buchdruckerhelflinge schon mehrfach geäußert haben, gern nach Deutschland zu gehen, um in deutschen Druckereien arbeiten zu können. Und das ist bedeutungsvoll g. n. u. g.

Gehilfenprüfung. In Bielefeld haben sich ein Seherlehrling aus Halle i. W. sowie ein Seher- und ein Druckerlehrling aus Herford der Prüfung als zukünftige Kunstflühen unterzogen. Der erstere erhielt die Note „Gut“, die beiden andern „Genügend“.

Die sächsische Regierung gegen die Aufhebung des Fortbildungsschulunterrichts. Wie in andern Gegenden Deutschlands, ist von Vertretungen der Großunternehmer — in Sachsen die Handelskammer Plauen im befondern — gefordert worden, den Unterricht in den Fortbildungsschulen zeitweilig aufzuheben. Die sächsischen Gewerbestammern und Handwerkervereinigungen haben sich in ihrer Mehrzahl dagegen gewandt. Das Kultusministerium hat nun entschieden, es müsse in Hinblick auf die große Bedeutung des später nicht wieder nachzuholenden Fortbildungsschulunterrichts für die erhebliche Einwirkung auf die heranwachsende Jugend besonders auch im Krieg und auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Vorbildung des gewerblichen Nachwuchses für die großen Aufgaben der Zukunft Bedenken tragen, die allgemeine Befreiung der Fortbildungsschüler vom Schulunterricht anzuordnen. Im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und des Kriegs werden aber die Bezirkschulinspektoren ermächtigt, alle Fortbildungsschüler des dritten Jahrganges und in Fällen, in denen es unbedingt nötig erscheint, auch die des zweiten Jahrganges, soweit sie nach sicherer Kenntnis der Bezirkschulinspektoren in industriellen Betrieben ausschließlich für Seeresstellungen arbeiten oder in den lediglich für die Ernährung der Bevölkerung tätigen gewerblichen Betrieben beschäftigt und dort unentbehrlich sind, bis Ostern 1917 zu beurlauben. Daß es nicht ohne Ausnahmebewilligungen geht, ist zu verstehen, aber von da bis zur völligen Sistierung des Fortbildungsschulunterrichts ist

doch noch ein beträchtlicher Schritt. Es ist gut, daß die sächsische Regierung ihn nicht gehen will.

Verlustabluß von Wolffs Telegraphenbureau. Das Geschäftsjahr 1915/16 hat eine Unterbilanz von 170669 Mk. ergeben, das vormalige brachte 5114 Mk. Gewinn.

Milderung des Jugendsparganges. Die Zentralfeste für die arbeitende Jugend Deutschlands hat vor längerer Zeit an das preußische Kriegsministerium eine Eingabe gerichtet, in der alle die Gründe dargelegt wurde, die vom wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Standpunkt aus eine sofortige Aufhebung des von einigen Generalkommandos verfügten Sparganges und der bekannten Jugendverlässe als geboten erscheinen lassen. Das Kriegsministerium hat nach Mitteilung der „Arbeiterjugend“ darauf geantwortet, „daß unter dem 15. November 1916 eine ergänzende Verfügung an die selbstverordnenden Generalkommandos ergangen ist, wonach die Maßnahme des Sparganges nur auf solche Jugendliche angewendet werden soll, deren Lebenswandel eine zwangsweise Einwirkung notwendig macht“. In bezug auf die übrigen Jugendlichen heißt es in der Antwort, daß diese Bestimmungen „nicht genereller Natur sind, sondern von den Herren selbstverordnenden kommandierenden Generälen nur an den Orten und in dem Umfang angeordnet worden sind, wo und wie die Verhältnisse es für geboten erscheinen ließen. Hierin eine Änderung eintreten zu lassen, liegt für das Kriegsamt keine Veranlassung vor“. Die Kritik in der Presse an diesen Zwangsregeln ist somit nicht vergeblich gewesen. Sollen sich jetzt es bei Unterbleiben des auch nicht umzubringenden behördlichen Bureaukratismus ein ganz Teil besser als letzter.

Stand der Lebensmittelpreise im Dezember 1916. Nach dem von Calwers Statistisches Bureau gesammeltem Material aus 200 Orten kam der Wochenbedarf an 16 wichtigen Lebensmitteln für eine vierköpfige Familie auf 53,21 Mk. zu stehen. Der Novemberdurchschnitt betrug 52,84 Mk.

Eine geistliche Strafpredigt gegen die Kriegsprofiteure und Lebensmitteldrücker. Wie verschiedene ketnes Ständes vor ihm — sogar von der Kanzel herab —, so hat auch ein Oberpfarrer namens Schowalter den vielen, vielen Leuten in Deutschland, die von der Profitpöhschule erfaßt sind, eine Moralpredigt gehalten. Er wählte dazu den „Reichsboten“ in Berlin und „agt u. a.“: „Wir haben gesehen, wie auch die klügsten ausgeübten Bestimmungen verlagten vor der Klugheit der Gewinnsucht, und daß die Kunstgriffe unglücklich sind, mit deren Hilfe sich besondere Vorteile ergattert lassen. Strafen sind wirkungslos geblieben und die Kommissionen zur Verhütung des Wuchers erfolglos. Es war ein Verweilungsschrei des Präsidenten des Ernährungsamts, als er vor aller Welt den Zusammenbruch seines Systems der Höchst- und Richtpreisleiste“ eingeklagt. In den stillen Willen des Volkes wird nun appelliert. Aber wenn man mit stillen Appellen die Gewinnsucht unterdrücken will, muß man auch mit gesetzlichen Mitteln die unbegrenzten Gewinnmöglichkeiten beseitigen. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Sonst werden die kleinen Sünder gefaßt, während die großen entlaufen. . . . Es ist ein falscher Geist in unserm Wirtschaftsleben. Immer wieder hören wir die Redensart: „Wenn wir diesen oder jenen Gewinn diesem oder jenem Produzenten oder Verkäufer nicht gewähren, so arbeitet er nicht; wir müssen seinen Eifer antreiben, seine „Produktionslust“ heben.“ Und das geschieht durch Überverdienst und Prämien aller Art! Als hätten wir nicht Macht und Pflicht, jeden einzelnen an der Stelle zu beschäftigen, wo es nötig, und in dem Bereiche, wo er brauchbar ist. . . . Nein, so darf es nicht weitergehen. Es ist ein Grauel, daß unsere Zeitungen wimmeln von Kriegsgewinnen und günstigen Börsennachrichten. Die Gewinne müssen verschwinden. . . . Wir brauchen die Stetigkeit und Festigkeit des Wirtschaftsbewußtseins, die gesammelte Rube, die Erfolge und Rückschlüsse in zieslicherer Beharrlichkeit erträgt. Das ist unsere nationale sächsische Kraft. Und die Que e dieser Kraft wird erschüttert durch das Spekulantentum und seine Begleitersehnungen.“ Es ist gut, daß solche Worte wieder einmal von solcher Seite hinausgegangen sind. Aber an den Profitflüglern prallt auch der härteste Banndruck ab. Scharfe Gefängnis- und recht hohe Geldstrafen mit langer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte vermögen vielleicht etwas abzuschrecken.

Wucherbestrafungen in Sachsen. Nach einer Mitte Januar veröffentlichten Zusammenstellung der Landesprüfungsstelle und des Kriegswehramts in Sachsen haben die von sächsischen Gerichten wegen Wuchers verhängten Strafen eine Höhe von rund 350000 Mk. erreicht. Darunter befindet sich ein sehr hoher Einzelposten: 245085 Mk. mußte ein Fabrikant in Arminischau wegen Überberechnung der Höchstpreise, Verarbeitung von beschlagnahmten Stoffen usw zahlen. Ach, wenn sie alle gefaßt wären die würdigen Nachfolger der Kreaturen, die einst der große Nazarener mit Schimpf und Schande aus dem Tempel getrieben hat!

Vom Braunschweiger Ärzteprozeß. Das Landgericht dort beschließt seit Mitte 1914 eine Klage der Allgemeinen Ortskrankenkasse gegen den wirtschaftlichen Verband der Ärzte. Die Kasse hatte drei Ärzte von auswärtig angestellt, nachdem mit den allen Ärzten das Zustandekommen eines neuen Vertrags gescheitert war. Das Berliner Abkommen brachte mit dem Leipziger Verbands dann den Frieden, und die drei Ärzte waren dadurch ihrer Tätigkeit enthoben. Es kam aber zu Differenzen wegen ihrer Entschädigungsansprüche. Das Gericht verurteilte den Ärzteverband zur Schadloshaltung. Das Streitobjekt erreicht die Höhe von 156000 Mk.

○○○○○ Literarisches ○○○○○

„Wörterbuch der Fachausdrücke des Buch- und Papiergewerbes“ mit besonderer Berücksichtigung der wichtigsten Druckerfahren in deutscher, englischer, französischer, italienischer und spanischer Sprache.“ Bearbeitet von Wilhelm Hellwig. Verlag von Klimsch & Co., Frankfurt a. M., 268 Seiten. Preis geb. 8,50 Mk. Der Veruch, ein technisches Fremdwörterbuch zu schaffen, ist schon wiederholt von erfahrenen Fachleuten gemacht worden. Die Durchführung steife te meißt an der Schwierigkeit und Kostspieligkeit des Unternehmens. Das von Max Fellnik im Jahre 1899 bei Carlleben in Wien herausgegebene „Technische Wörterbuch der graphischen Branchen“ schien einem lange empfundenen Bedürfnis abzuhelfen. Leider erwies sich das Buch beim praktischen Gebrauch als nicht ganz einwandfrei, was bei einem derartigen Unternehmen nicht wundernehmen darf. In den Jahren 1908—10 erschienen dann im Klimsch'schen Anzeiger mehrere Verzeichnisse fremdsprachlicher Fachausdrücke, die nun den Grundstock zu dem vorliegenden Werke bildeten. Das Hellwig'sche Fachwörterbuch zerfällt in zwei Teile: einen deutsch-fremdsprachlichen und einen fremdsprachlich-deutschen. Der erstere enthält allein 4270 deutsche Stichwörter mit ihren Überetzungen. Das Werk ist für die Angehörigen aller der Kreise gedacht, die Papier verarbeiten, Bücher und Kunstdrucke herstellen oder Handel mit solchen Erzeugnissen treiben, ferner für diejenigen, die Maschinen, Werkzeuge oder Geräte oder Stoffe erzeugen, die der Papierverarbeitung dienen“. Deshalb hat es auch Fachwörter der einschlägigen Maschinenindustrie, der Photographie u. v. a. Aufnahme gefunden. Auch die gebräuchlichsten Ausdrücke aus dem Wirtschaftsleben des graphischen Gewerbes dürfen für den nach Friedensschluß aber fallenden Profekten unentbehrlich wieder einfindenden internationalen Verkehr willkommen sein. Für die Zuverlässigkeit des Gebotenen bürgt die aus andern Arbeiten bereits rühmlichst bekannte Gewissenhaftigkeit des Bearbeiters. Etwa noch vorhandene kleine Lücken oder Unstimmigkeiten, die bei der Zweideutigkeit mancher Fachausdrücke unvermeidbar sind, dürften sich nach der praktischen Ausprobung des Werkes leicht ausfüllen und bereinigen lassen. Das Buch, das als erster Band von Klimsch's „Graphischer Bibliothek“ erscheint, bildet zweifellos eine erste kluge Bereicherung der Fachliteratur. Die Einrichtung ist bei Begleitigung alles Überflüssigen sehr zweckmäßig, die Ausstattung weiß korrekt, ansehend auf der Monotonie hergestellten Satz und klaren, sauberen Druck auf. Das Buch wird allen Benutzern ein wertvolles Nachschlagemittel sein. Welche Aufsumme von Arbeit auf Grund reicher Erfahrungen hier geleistet worden ist, mit welchem Bienenfleiß der Verfasser drei Jahrzehnte hindurch gesammelt hat, um dann in den letzten fünf Jahren das Vorhandene unerfennlich zu sichten, zu prüfen, Ungenaues zu ergänzen oder auszuschneiden, kann der am besten ermessen, der veruchen wird, auch nur einen etwas ferner liegenden Fachausdruck in den vier Fremdsprachen mit Sicherheit selbständig festzustellen. Wie schwer wird es allein gehalten haben, im Auslande zuverlässige Fachleute zu gewinnen und diese zu gewissenhafter Mitarbeit zu bewegen! Daß die sicherlich recht umfangreichen Korrekturen trotz des während der Bearbeitung ausgebrochenen Weltkriegs zu gutem Ende geführt werden konnten, und daß das Erreichen des Werkes bei allen sonstigen gestelgerten Schwierigkeiten mitten in dem gewaltigen Völkerringen möglich gemacht wurde, ist dem Bearbeiter wie dem Verlage hoch anzurechnen. Möge der Wunsch des Verfassers recht bald in Erfüllung gehen, daß dieses Fachwörterbuch mit dazu beitrage, das deutsche graphische Gewerbe in einer gedeihlichen Friedensarbeit zu fördern.

B. M.

Briefkasten.

B. W. in S.: Der Bericht Ihres Mitgledschaf (Nr. 14) beanprucht nur 12 Zeilen, der über Ihren Verein 47, das eingesandte Manuskript hätte j doch 90 erfordert, dabei tun Sie sich noch etwas zugute den Jahresbericht an, dem Spiele gelassen zu haben. Nun sagen Sie uns, ob die 47 Zeilen nicht vollstg g nügen? Warum denn durch ausschweifende Berichte uns des Guten noch mehr erschweren? — **A. in B.:** Der Bericht ist dann verloren gegangen; wir haben ihn nicht erhalten. — **C. E. in Dresden:** 2,60 Mk. — **B. 19:** 7,25 Mk. — **S. W. in Fr.:** 7,85 Mk. — **B. W. in S.:** Starke erreichte uns zu spät, Nr. 15 war schon im Druck. — **A. S. in Schw.:** Ist noch im Betriebe.

W. Die Auftraggeber von Arbeitsmarktinseraten eruchen wir, sich mit weiteren Änderungen ihrer Anzeigen abzugeben. Die in Nr. 11 gegebene Erklärung leben wir uns genötigt, zurückzugeben.

○○○○○ Verbandsnachrichten ○○○○○

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Menden-Remer. (Ortsverein.) Vertrauensmann: Paul Fellmer,

Menden i. W., Welten Straße 4.
Schiedsrichter: Vorsitzender: Karl Hoffmann, Gerberstraße 16 p.
Kassierer: Max Wähler, Kreuzgang 5.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigetragte Adresse):
Im Gau Bayern 1, der Seher Karl Lang, geb. in Altmühlbach 1898, ausgef. dal. 1916; 2. der Schweizerdegen Joseph Kolbeck, geb. in Pombold 1899, ausgef. in Schwandorf 1916; waren noch nicht Mitglieder. — Joseph Seitz in München, Holzstraße 24 I.

Veranstaltungskalender.

Gera. Hauptversammlung Sonnabend, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in der „Hofbräuhöllischen Turnhalle“.



Für den leichteren Verkehr mit unsrer Verlagsabteilung und Verbandsstelle der „Typographischen Mitteilungen“ haben wir ein Postfachkonto unter Leipzig Nr. 52287 eingerichtet. Ebenso sind alle Sendungen, welche sich auf den Geschäftsverkehr mit den beiden vorgenannten Abteilungen beziehen, nach unsrer Geschäftsstelle, Salomonstraße 8 (Mittelgebäude), zu richten. Wir bitten um Beachtung dieser zeitgemäßen Veränderung und rege Benutzung unsres Postfachs.

Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften — Gk Leipzig.
Geschäftsstelle Salomonstraße 8 (Mittelgebäude).

Fachmann für Buchdruckerei

mit mehrjähriger Kontorpraxis gesucht in dauernde Stellung für Kalkulation und Verrechnung. Angebote mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen erbeten. [1970]

Rohbergische Buchdruckerei in Leipzig.

Tüchtige Geher

werden gesucht. [1971]

Umberg & Besson, Neubabelsberg.

Sofort gesucht:

Vinotypeseher Kenntnis des russischen Satzes erwünscht, jedoch nicht Bedingung; [1952]

Stereotypneur welcher kleine Sachen gravieren kann;

Schriftgießer für Büttger'sche Schnellziehmaschine.

C. G. Röder, G. m. b. H., Leipzig.

Maschinenmeister (Saugapparat) und Geher

in dauernde Stellen gesucht. [1927]

Rohbergische Buchdruckerei, Leipzig.

Maschinenmeister und Werkzeher

finden bei uns dauernde Stellung. Wir erbitten Angebote mit Lohnforderungen. [1964]

Pierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Tüchtigen, zuverlässigen, älteren

Maschinenmeister

im Plattendruck durchaus erfahren, sowie einen [1961]

Schriftseher

für Akzidenz- und Tabellenatz

eventuell Kriegsbeschädigte, stellt sofort ein

Buchdruckerei H. Kubnt, Halle a. S., Kronprinzenstraße 4.

Tüchtige Maschinenmeister

finden dauernde Stellung. [1963]

Rausche Buchdruckerei, Berlin S 14, Stallreiberstraße 5.

Buchdruckmaschinenmeister

für Rotation und Schnellpresse

in dauernde Stellung für sofort gesucht.

W. Dobach & Co., Leipzig, Frommannstraße 8/10.

Tüchtiger Buchdruckmaschinenmeister

millitärfrei, für Akzidenzdruckerei in dauernde Stellung gesucht. [1959]

Graphisches Institut G. m. b. H.,

Hannover, Spichernstraße 33.

Rotationsmaschinenmeister

eventuell als solcher Lernender, gesucht. Offerten mit Angabe des Alters und der bisherigen Tätigkeit erbeten an [1940]

Hallberg & Büchling, Leipzig, Täubchenweg 23.

Tüchtiger Stereotypneur

für Flach und Rund gesucht. [1962]

Deutsches Druck- und Verlagshaus, Leipzig-Stötterth, Melscherstraße 7.

Schriftseher

werden verlangt. Offerten mit näheren Angaben an [1904]

Ferdinand Hagem N. O., Berlin N 39, Willdenowstraße 16.

Polnischer Geher

in dauernde Stellung für sofort gesucht. [1937]

Zeitungsverlag von M. Awlakhowski & Co., Scene i. B.

Verleger: Emil Böbkin in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8. — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.

Militärfreie Geher

für bessere Arbeiten sowie

Bunt- und Bilderdrucker

in dauernde Stellung gesucht von [1901]

Druckereigesellschaft Hartung & No., Hamburg 25.

Vinotypeseher

millitärfrei, gesucht. [1892]

„Nordbayerische Zeitung“, Nürnberg.

Monotypeseher

für D-Laster sofort in dauernde Stellung gesucht. [1914]

C. Gundlach N.-G., Bielefeld.

Maschinenmeister

Akzidenzseher

Werkzeher

Typographseher

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [1910]

Oscar Brandstetter
Leipzig.

Zum baldigen oder späteren Eintritt gesucht: erfahrener, sehr zuverlässiger [1932]

Maschinenmeister

oder Schweizerdegen, mehrere

Handseher

in Dauerstellung. Bewerber, auch geeignete Kriegsbeschädigte, wollen Angebote richten an [1925]

Buchdruckerei Ed. Roether, Darmstadt, Bleichstraße 24.

Tüchtige

Maschinenmeister

für Werk-, Platten- und Illustrationsdruck sowie

Anzeigen- und Werkzeher

sofort in dauernde Stellung gesucht. [1925]

Fischer & Wittig, Leipzig, Teubnerstraße 12.

Rotationsmaschinenmeister

millitärfrei, für 16seitige K. & B.-Maschine gesucht. [1893]

„Nordbayerische Zeitung“, Gürth i. B.

Maschinenmeister

für sofort in dauernde Stellung gesucht. [1933]

H. W. Sayns Erben, Berlin SW 68, Zimmerstraße 29.

Maschinenmeister

(auch Kriegsbeschädigter) für dauernde Stellung gesucht. Angebote mit näheren Angaben an [1960]

Oskar Marlin, Chemnitz, Friedrichstraße 9.

Tüchtiger

Maschinenmeister

lauberer Plattendrucker, sofort gesucht. [1966]

„Der Holzmarkt“, Berlin SW 68.

Maschinenmeister

für unsre Versuchsdruckerei gesucht. Auch Kriegsbeschädigte bitten wir, sich zu melden. [1960]

Springer & Müller, Leipzig-Leutzsch, Fabriken von Buch- und Steindruckfarben.

Tüchtiger Buchdrucker

an Schnell- und Ziegeldruckpresse bewandert, für dauernde Stelle gesucht. [1956]

Buchdruckerei Ed. Kreller, Nürnberg, Peter-Bischof-Straße.

Wegen Einderufung suche sofort oder später militärfreien [1949]

Schweizerdegen

eventuell Kriegsinvaliden, firm im Tabellenatz und Druck, bei angenehmer Dauerstellung. Pflanzwang.

Buchdruckerei J. Klein, Bayingen (Lothr.).

Seherstereotypneur

tüchtig im Plattenkorrigieren, findet bei uns dauernde Stellung. Angebote mit Lohnforderungen erbeten. [1965]

Pierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Mhlen und Pinzette, Werkzeuge für Ton- [1958]

bluten empfiehlt H. Siegl, München 7.

Arthur Kluge

geboren in Chemnitz.

Sein ruhiges und bescheidenes Wesen

sichern ihm ein bleibendes Andenken.

Die Kollegen der Hgl. Hofbuchdruckerei

C. E. Meinhold & Ehne, Dresden.

Im hohen Alter von 86 Jahren verschied unser verdientes Ehrenmitglied und Mitbegründer des Orts- und Gauvereins [1958]

Herr Ferdinand Briesnitz

Wir verlieren in dem Verstorbenen ein in seinen jüngeren Jahren sehr eifriges und tätiges Mitglied, das auch bis in sein hohes Alter immer Interesse für unsre Organisation bekundete.

Sein stets kollegialer Sinn und seine Bescheidenheit erwarben ihm nur Freunde und sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Er ruhe in Frieden!

Bezirksverein Freiburg.
Gauverein Oberhein.

Am Mittwoch, dem 31. Januar, abends 10^{1/4} Uhr, verschied nach kurzem Krankenlager unser hochverehrter Seniorchef [1954]

Hermann Klokow

In dem Verstorbenen verlieren wir einen Arbeitsgeber, der durch unermüdete Pflichttreue und Regsamkeit im Betriebe seinen Angestellten ein leuchtendes Vorbild war. Seine feste Bereitwilligkeit den Wünschen des Personals gegenüber sichern ihm ein bleibendes Andenken.

Berlin, 1. Februar 1917.

Das Personal der Firma Hermann Klokow.